

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 41

FREITAG, DEN 24. MAI

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Umzug der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	805	Neubesetzung eines Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Eimsbüttel	806
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Übersetzerin für die englische Sprache	805	Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen	806
Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Lurup 62/Bahrenfeld 67	805	Öffentliche Plandiskussion	806
		Öffentliche Auslegung zur Einrichtung des Innovationsbereichs Lüneburger Straße	807

BEKANNTMACHUNGEN

Umzug der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Die neue Adresse der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) lautet ab 24. Juni 2013:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg.

Die Umzüge aus den Altstandorten in den Neubau finden in mehreren Etappen statt, die neue Adressierung gilt ab:

Altstandort: Wexstraße 7/Alter Steinweg 4
2. Juni 2013

Betroffene Ämter: Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, Wohnungsbaukoordination

Altstandort: Düsternstraße 10
9. Juni 2013

Betroffene Ämter: Amt für Rechtsangelegenheiten und Beteiligungsverwaltung, Innere Revision

Altstandort: Stadthausbrücke 2-10/Neuer Wall 88
16. Juni 2013

Betroffene Ämter: Amt für Bauordnung und Hochbau, Amt für Natur- und Ressourcenschutz, Amt für Immissionsschutz und Betriebe

Altstandort: Stadthausbrücke 2-10/Neuer Wall 88
23. Juni 2013

Betroffene Ämter: Behördenleitung und Präsidialbereich, Amt für zentrale Dienste, Zentrale Vergabeaufsicht, Submissionsstelle, Personalrat

Altstandort: Billstraße 84
30. Juni 2013

Betroffene Ämter: Amt für Umweltschutz

Alle Behörden, Einrichtungen und Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg werden darum gebeten, die geschäftlichen Kontakte auf die neue Adressierung umzustellen.

Hamburg, den 15. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 805

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Übersetzerin für die englische Sprache

Frau Christine Havemann, geboren am 6. Juli 1962 in Hamburg, wohnhaft Harnackring 58, 21031 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Übersetzerin für die englische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 27. Februar 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 805

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Lurup 62/Bahrenfeld 67

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des

Bebauungsplan-Entwurfs Lurup 62/Bahrenfeld 67 sowie über die parallele Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Elbgaustraße – über das Flurstück 805, Nordgrenze des Flurstücks 844 (Vorhornweg), über das Flurstück 2553, Nordgrenze des Flurstücks 844 (Vorhornweg) – Vorhornweg – Nordgrenze des Flurstücks 3687, Südwest- und Nordgrenze des Flurstücks 2529, Nordgrenze des Flurstücks 2530, Nord- und Ostgrenzen der Flurstücke 2445 und 837, Nordgrenze des Flurstücks 2448, Nordwest- und Nordgrenze des Flurstücks 3775, West- und Nordgrenze des Flurstücks 3774 der Gemarkung Lurup, West- und Nordgrenze des Flurstücks 4232, West-, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 2690, Nordgrenze des Flurstücks 4232, über die Flurstücke 4232 und 3432, Ostgrenze der Flurstücke 4232 und 4248, Ost-, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 4249, Westgrenze des Flurstücks 4248, Südgrenze des Flurstücks 4232 der Gemarkung Bahrenfeld, Südostgrenze des Flurstücks 846 der Gemarkung Lurup – Luruper Hauptstraße (Bezirk Altona, Ortsteile 217, 220).

Mit dem Bebauungsplan mit der beabsichtigten Zeichnung Lurup 62/Bahrenfeld 67 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Technologiepark, für Sportanlagen sowie zur Sicherung von Grünflächen im Bereich Vorhornweg sowie im angrenzenden Volkspark geschaffen werden. Weiterhin sollen eine Sicherung des wertvollen Baumbestands entlang des Vorhornwegs sowie die Implementierung von Regenrückhalteflächen entlang des Vorhorngrabens erfolgen.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 5. Juni 2013, um 19.30 Uhr in der Pausenhalle der Stadtteilschule Lurup, Luruper Hauptstraße 131-133, 22547 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab 23. Mai 2013 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamts Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, donnerstags 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie am 5. Juni 2013 ab 18.30 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 14. Mai 2013

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 805

Neubesetzung eines Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Eimsbüttel

Ein stimmberechtigtes Mitglied aus dem Kreis der Träger der freien Jugendhilfe ist aus dem Jugendhilfeausschuss ausgeschieden.

Gemäß § 71 SGB VIII und § 3 Absatz 1 Nummer 2 AG SGB VIII

Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse

Absatz 1 – Den Jugendhilfeausschüssen gehören als stimmberechtigte Mitglieder an: Nummer 2 – mit zwei Fünfteln des Anteils der Stimmen Frauen und Männer, die auf Vorschlag der im Bereich des öffentlichen Trägers wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der Vertretungskörperschaft gewählt werden; Vorschläge

der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände sind angemessen zu berücksichtigen,

ist durch die Bezirksversammlung ein neues Mitglied zu wählen.

Die vorzuschlagenden Personen müssen gemäß Ausführungsgesetz zum SGB VIII im Bezirk wohnen oder in der Jugendhilfe des Bezirks tätig sein.

Vorschläge geeigneter Personen für die Wahl durch die Bezirksversammlung Eimsbüttel sind bis zum 3. Juni 2013 dem Bezirksamt Eimsbüttel, Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit, Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg (Ansprechpartner Herr Frank Loesaus, Telefon (040) 4 28 01 - 29 18, Telefax (040) 4 28 01 - 35 35, E-Mail: Frank.Loesaus@eimsbuettel.hamburg.de), bekannt zu geben.

Hamburg, den 16. Mai 2013

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 806

Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen

Die vom Bezirksamt Wandsbek aufgestellten Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen für die Amtszeit 2013 bis 2018 liegen vom 27. Mai 2013 bis 3. Juni 2013 werktags (außer Sonnabends) zu jedermanns Einsicht im Bezirksamt Wandsbek, Schloßstraße 60, 2. Stock, Raum 283, 22041 Hamburg, aus. Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Freitag 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Gegen die Vorschlagslisten kann binnen einer Woche nach der Auslegefrist beim Bezirksamt Wandsbek schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden mit der Begründung, dass in die Vorschlagslisten Personen aufgenommen worden sind, die nicht aufgenommen werden durften oder nicht aufgenommen werden sollten.

Hamburg, den 16. Mai 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 806

Öffentliche Plandiskussion

Der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung Harburg führt über die vorhabenbezogene Bebauungsplanung zur Erweiterung der Einzelhandelsflächen des Phoenix-Centers mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit Unterrichtung und Erörterung durch.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 6. Juni 2013, um 19.30 Uhr im großen Sitzungssaal im Harburger Rathaus, Harburger Rathausplatz 1, 21073 Hamburg, statt. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Anschauungsmaterial kann ab 19.00 Uhr eingesehen werden. Für Informationen steht die Abteilung für Bebauungsplanung des Bezirksamts Harburg unter der Telefonnummer 040/4 28 71 - 23 05 zur Verfügung.

Hamburg, den 15. Mai 2013

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 806

Öffentliche Auslegung zur Einrichtung des Innovationsbereichs Lüneburger Straße

Zur Stärkung des Einzelhandels- und Dienstleistungszentrums Lüneburger Straße soll der Innovationsbereich Lüneburger Straße II eingerichtet werden. Das Bezirksamt Harburg legt die Antragsunterlagen der Firma konsalt Gesellschaft für Stadt- und Regionalanalyse und Projektentwicklung mbH als Aufgabenträger gemäß § 5 Absatz 6 des Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren vom 28. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 525), zuletzt geändert am 15. Februar 2011 (HmbGVBl. S. 76), öffentlich aus.

Der Antrag (u. a. Gebietsabgrenzung, Maßnahmen- und Finanzierungskonzept und der Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrages) kann in der Zeit vom 3. Juni 2013 bis 2. Juli 2013 montags in der Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, dienstags und donnerstags in der Zeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und freitags in der Zeit von 9.00 Uhr

bis 13.00 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung (Telefon: 040/4 28 71 - 34 59 oder - 34 25) im Bezirksamt Harburg, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Harburger Rathausforum 2, 21073 Hamburg, im Foyer (Erdgeschoss) eingesehen werden. Der Antrag kann außerdem im Internet unter der Adresse www.bid-lueneburgerstrasse.de eingesehen werden.

Während der Auslegungszeit können Anregungen bei der oben genannten Dienststelle vorgebracht werden. Eigentümer der im Innovationsbereich belegenen Grundstücke haben während der Auslegungszeit das Recht, eine Erklärung abzugeben, dass sie der Einrichtung des Innovationsbereichs nicht zustimmen. Die Erklärung ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der genannten Dienststelle einzulegen. Nicht fristgerecht eingelegte Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

Hamburg, den 15. Mai 2013

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 807

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Behörde für Justiz und Gleichstellung
 – Strafvollzugsamt
 Postanschrift:
 Suhrenkamp 96, 22335 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Harms
 Telefon: +49/040/4 28 00 - 14 61
 Telefax: +49/040/4 27 94 - 30 05
 E-Mail: gabriele.harms@justiz.hamburg.de
 Internet-Adresse(n): –
 Weitere Auskünfte erteilen:
 Siehe Anhang A.I
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Justizvollzugsanstalt Glasmoor, Neubau Haft-
 haus 3, Umbau Hafthaus 1 – Elektroplanung
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: –
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Für den offenen Strafvollzug in der JVA Glasmoor soll ein neues Hafthaus mit 108 Haftplätzen errichtet werden. Außerdem soll das Hafthaus 1 und das Werhaus 2 umgebaut sowie die Küche saniert werden. Die gesamte Maßnahme wird zeitlich versetzt ausgeführt. Ausgeschrieben werden für die oben beschriebenen Gebäude Ingenieurleistungen der Elektro- und Sicherheitstechnik. Die geschätzten Herstellungskosten für die Gesamtmaßnahme liegen bei ca. 12,6 Mio. Euro.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71334000
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang
Ingenieurleistung gem. HOAI, Teil 4, Abschnitt 2, Anlagengruppe 4, 5 – Leistungsphase 3-8 und teilweise Leistungsphase 2.
Spanne von 200.000,- Euro bis 250.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen
Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 60 Monate ab Auftragsvergabe
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten
Haftpflchtversicherung:
Personenschäden: 1.500.000,- Euro
Sonstige Schäden: 500.000,- Euro
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem geschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den
- Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen.
- Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.
- Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.
 - Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme nach § 4 Abs. 9 Buchstaben b) und c) VOF besteht und dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 VOF vorliegen.
 - Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.
 - Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards: vgl. III.1.1
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit der Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen.
- Bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber durch eine vor der zuständigen Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung.
 - Bei Leistungen für private Auftraggeber durch eine vom Auftraggeber ausgestellte Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 4
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien | Gewichtung |
|--|------------|
| 1. Honorar im Rahmen des geltenden Preisrechts | 40 % |
| 2. Gesamteindruck des Projektteams | 20 % |
| 3. Anteil Eigenleistung/Fremdleistung | 15 % |
| 4. Verfügbarkeit des projektleitenden Personals für Lph 8 | 15 % |
| 5. Fachtechnischer Wert der Angebotsunterlagen | 5 % |
| 6. Erfahrungen mit dem Bau von Justizvollzugsanstalten o. glw. | 5 % |
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
EU-GM Haus3+1 Elektro
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –
Kostenpflichtige Unterlagen: –

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 27. Juni 2013, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg, Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gem. §107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Auftrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
14. Mai 2013

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Justiz und Gleichstellung – Strafvollzugsamt
Postanschrift:
Suhrenkamp 96, 22335 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Frau Sebastian
Telefon: +49/040/4 28 00 - 14 02

Telefax: +49/040/4 27 94 - 31 37
E-Mail: melanie.sebastian@justiz.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem): –**

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Justiz und Gleichstellung

Postanschrift:

Dammtorwall 9-13, 20354 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zentrale Submissionsstelle
Zu Händen von: Frau Dittmer
Telefon: +49/040/4 28 43 - 33 82

Hamburg, den 14. Mai 2013

**Die Behörde für Justiz und Gleichstellung
– Strafvollzugsamt –**

457

**Auftragsbekanntmachung
Richtlinie 2004/18/EG**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Postanschrift:

Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zentrale Vergabestelle
Zu Händen von Frau Klitzing,

Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 92,

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88

E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Sonstige: siehe Anhang A.II

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Sonstige: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Verkehrsinfrastruktur

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

BAB 25 Ergänzender Lärmschutz zwischen AD Südost und Landesgrenze Schleswig-Holstein – Lärmschutzwände Südseite.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauftrag

Planung und Ausführung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Los 1: K 707-1 Lärmschutzwand und Kappenerneuerung

Los 2: K 702-2 – Lärmschutzwand

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45223500

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Los 1: Abbruch und Neubau einer Brückenkappe sowie der Schutzeinrichtung und Neubau einer Lärmschutzwand aus transparenten Elementen auf der neuen Brückenkappe auf der Südseite (Fahrtrichtung Geesthacht) der BAB 25 im Bereich AD HH-Südost, ca. km 0+428 bis 0+478. Länge ca. 50 m und Wandfläche ca. 140 m², Höhe ca. 2,8 m.

Los 2: Errichtung einer Lärmschutzwand auf der Südseite (Fahrtrichtung Geesthacht) der BAB 25 im Bereich AD HH-Südost und östlich davon, ca. km 0+420 bis 0+428 und 0+478 bis 1+752 aus Stahlbetonelementen mit hochabsorbierender Vorsatzschale einschließlich der Ort beton-Bohrpfahlgründungen DU 70 cm. Länge der Lärmschutzwand insgesamt ca. 1.285 m bei ~6.525 m² Wandfläche, Höhe 3 m bis 5 m, insgesamt ca. 1.680 m Bohrpfahlänge und ca. 185 t Profilstahlträger-Pfosten.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Laufzeit: 8 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
 – Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
 – Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
 – Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Versicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
 – Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
 – Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
 – Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Benennung des Umsatzes des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
 – Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
 – Näheres siehe Vergabeunterlagen.

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.
 – Benennung ZTV-Ing.-Koordinator und dessen ständiger Vertreter, Qualifikationsnachweis SiGeKo, Bauzeitenplan, Gerüstkonzept, Qualifikation für Korrosionsschutz, Herstellerqualifikation DIN EN1090 EXC 2 oder entsprechende Nachweise DIN 18800. Büro für technische Bearbeitung.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
 Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
 Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
 Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	90
2. Technischer Wert	10

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
 Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
 Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
 OV-K5-178/13
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
 Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
 Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
 28. Juni 2013, 12.00 Uhr

- Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 39,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-178/13. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA,
Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut Postbank Hamburg.
IBAN DE 50200100200375202205,
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)
Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
2. Juli 2013, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 6. September 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
2. Juli 2013, 9.30 Uhr
Ort: Siehe Anhang A III.
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49 (0)40/4 28 40 - 20 39
**Ab 10. Juni 2013:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg**

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
14. Mai 2013

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
**Ab 24. Juni 2013:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg**
Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 228
Ab 24. Juni 2013: E 01.419
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
**Ab 24. Juni 2013:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg**
Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 231
Ab 24. Juni 2013: E 01.421

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

- Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:** BAB 25 Ergänzender Lärmschutzwischen AD Südost und Landesgrenze Schleswig-Holstein – Lärmschutzwände Südseite.
Los-Nr. 1
Bezeichnung: K 704-1 Lärmschutz und Kappenerneuerung
- 1) **Kurze Beschreibung:**
Abbruch und Neubau einer Brückenkappe sowie der Schutzeinrichtung und Neubau einer Lärmschutzwand.

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45223500
- 3) **Menge oder Umfang:**
Abbruch und Neubau einer Brückenkappe sowie der Schutzeinrichtung und Neubau einer Lärmschutzwand aus transparenten Elementen auf der neuen Brückenkappe auf der Südseite (Fahrtrichtung Geesthacht) der BAB 25 im Bereich AD HH-Südost, ca. km 0+428 bis 0+478. Länge ca. 50 m und Wandfläche ca. 140 m², Höhe ca. 2,8 m.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 7 Monate ab Auftragsvergabe.
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Beginn der Ausführung frühestens 15. November 2013 vor Ort.

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** K 704-2 Lärmschutzwand

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Errichtung einer Lärmschutzwand.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45223500
- 3) **Menge oder Umfang:**
Errichtung einer Lärmschutzwand auf der Südseite (Fahrtrichtung Geesthacht) der BAB 25 im Bereich AD HH-Südost und östlich davon, ca. km 0+420 bis 0+428 und 0+478 bis 1+752 aus Stahlbetonelementen mit hochabsorbierender Vorsatzschale einschließlich der Ortbeton-Bohrpfahlgründungen DU 70 cm. Länge der Lärmschutzwand insgesamt ca. 1.285 m bei ~6.525 m² Wandfläche, Höhe 3 m bis 5 m, insgesamt ca. 1.680 m Bohrpfahlänge und ca. 185 t Profilstahlträger-Pfosten.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 8 Monate ab Auftragsvergabe.
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Beginn der Ausführung frühestens 15. November 2013 vor Ort.

Hamburg, den 14. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

458

Öffentlicher Teilnahmewettbewerb**Vergabenummer: ÖT-NR3-177/13**

- a) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Natur- und Ressourcenschutz
Abteilung Naturschutz
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
Telefon: 040/4 28 40 - 33 92, - 21 69
Telefax: 040/4 28 40 - 35 52
- b) Öffentlicher Teilnahmewettbewerb
- c) **Aktualisierung der Ausstellung für das Nationalpark-Haus Neuwerk (i.e. Weltnaturerbe Wattenmeer)**

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beabsichtigt, die Aktualisierung einer Ausstellung für das Nationalpark-Haus Neuwerk, Haus 6, 27499 Insel Neuwerk, zu vergeben. Auf Grundlage des Teilnahmewettbewerbs sollen höchstens vier geeignete Bewerber ausgewählt werden.

Die Ausstellung soll die Besucher über den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer und seine Besonderheiten sowie seine besondere Bedeutung als Teil des Weltnaturerbe Wattenmeer unter Einsatz unterschiedlicher Medien und über verschiedene Sinneswahrnehmungen umfassend informieren.

Für die Ausstellung stehen insgesamt ca. 180 m² zur Verfügung. Die derzeitige Ausstellung soll auf einen aktuellen Stand gebracht und um weitere Inhalte ergänzt werden. Gleichzeitig sollen die Gestaltungsvorgaben des Corporate Designs „Nationale Naturlandschaften“ (NNL) umgesetzt werden. Elemente aus der jetzigen Ausstellung sollen in die neue übernommen werden (z. B. Diorama, interaktive Stationen).

Das Haus wird vom Verein Jordsand zum Schutz der Seevögel und der Natur e.V. betreut; der Verein soll in die Erarbeitung der neuen Ausstellung mit einbezogen werden.

Angesprochen werden insbesondere Unternehmen und Institutionen, die über einschlägige Erfahrungen in der Konzeption und Erstellung von Informationseinrichtungen und -ausstellungen im Bereich des Naturschutzes verfügen.

Auch Bietergemeinschaften werden zugelassen.

- d) **Voraussichtlicher Termin für die Auftragsvergabe:** September 2013.
Voraussichtlicher Termin für den Einbau der Ausstellung in das Gebäude: November 2014 bis April 2015.
- e) **Einsendetermin für Teilnahmeanträge: 12. Juni 2013, 9.30 Uhr.**
- f) Teilnahmeanträge sind unter Angabe der Vergabenummer **ÖT-NR3-177/13** zu richten an:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Zentrale Vergabeaufsicht –
Eröffnungsstelle – Zimmer E 231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg.
- g) Die Angebotsanforderungen werden spätestens abgesandt in der **34. Kalenderwoche**.
- i) Mit den Teilnahmeanträgen sind folgende Eignungsnachweise einzureichen:
1. Kurzporträt des Bewerbers.
 2. Referenzen zur Konzeption und Umsetzung von Informationseinrichtungen und -ausstellungen im Bereich des Naturschutzes innerhalb der letzten Jahre einschließlich des Rechnungswertes, der Leistungszeit und des Auftraggebers.
 3. Angaben zur personellen und technischen Ausstattung des Büros.
 4. Angaben zur Ausbildung der ggf. mit dem Auftrag zu befassenden Mitarbeiter.
 5. Angabe, ob und auf welche Art der Bewerber bezogen auf den Auftrag in relevanter Weise mit Nachunternehmern für erforderliche Arbeiten zusammenarbeitet.
 6. Im Falle einer Bietergemeinschaft Angabe, dass es sich um eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeits-

gemeinschaft mit bevollmächtigten Vertreter handelt. Alle Bieter müssen die Eignungsnachweise einreichen.

7. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung.
8. Eigenerklärung gemäß § 6 Abs. 5 VOL/A bzw. § 6 Abs. 4 EG VOL/A und § 6 Abs. 6 EG VOL/A (kein laufendes Insolvenzverfahren, kein rechtskräftiges Urteil, das die berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt, Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge sowie der Steuern und Abgaben, keine schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Zuverlässigkeit, keine falschen Erklärungen bei der Erhebung der Auskünfte).

Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Unterlagen nachzufordern.

Hamburg, den 15. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

459

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40, Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
 des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber
 Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen in Hamburg.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 27
 Sonstige Dienstleistungen
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: –
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS): –
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Die Freie und Hansestadt Hamburg hatte mit dem Gesetz zur Errichtung eines „Sondervermögens Schule – Bau und Betrieb“ ein teilrechtsfähiges Sondervermögen nach § 26 Landeshaushaltsordnung gegründet. Das Sondervermögen Schule – Bau und Betrieb (SBH | Schulbau Hamburg) nahm zum 1. Januar 2010 seinen Betrieb auf. Es war wirtschaftlicher Eigentümer aller für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 2,2 Mio. m².
 Der zum 1. Januar 2013 in einen Landesbetrieb gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung gewandelte SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die GMH Gebäudemanagement Hamburg GmbH (nachstehend GMH genannt) ist ein städtisches Unternehmen, welches für diverse Schulbelegungen im Süden Hamburgs die Dienstleistung des Baus, Betriebs und der Unterhaltung wahrnimmt.
 Baumuntersuchung: Zeitraum Frühjahr bis Spätsommer (ab Beginn der Vegetationsperiode bis Ende September). Bedingt durch die Erfordernis der Einholung behördlicher Genehmigungen für Beseitigung der festgestellten Mängel sowie Kostenermittlungen hat die Fertigstellung und Abgabe der Unterlagen bis spätestens Mitte Oktober des jeweiligen Jahres zu erfolgen.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 77300000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Der Gesamtauftragswert beträgt 280 000,- Euro ohne Umsatzsteuer.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 280 000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
Option der Verlängerung um 24 Monate.
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja
Zahl der möglichen Verlängerungen: 1
Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeaufträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen: 24 Monate
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 41 Monate ab Auftragsvergabe.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem/r Vertreter/in.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
– Eigenerklärung RL „Schwere Verfehlungen“ (Formblatt beiliegend).
– Nachweis über eine Betriebshaftpflicht mit einer Deckungssumme von mindestens 2 Mio. Euro für Personenschäden und mindestens 1 Mio. Euro für sonstige Schäden. Ausreichend ist zunächst auch eine Erklärung der Versicherung, die geforderten Deckungssummen im Falle der Zuschlagserteilung entsprechend anzupassen.
- Qualitätssicherungskonzept (inkl. Fortbildung, Qualitätssicherung; max. zwei DIN A4 Seiten, Schriftgröße 11).
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den Jahren 2010, 2011 und 2012.
– Eigenerklärung (Formblatt beiliegend).
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
2 Referenzen für Baumkontrollgutachten, die nicht älter als 5 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) sind, über vergleichbare Projekte. Auflistung geeigneter und mit jeweiligem Sachkundenachweis ausgestattete Mitarbeiter, die durch den AN mit den gutachterlichen Arbeiten betraut werden sollen. Die Sachkundenachweise sind dem Angebot beizufügen.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOL 009/2013
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 5. Juli 2013, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
8. Juli 2013, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 2 Monate ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
8. Juli 2013, 14.00 Uhr, SBH | Schulbau Hamburg, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Ja
Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen: 1. Juni 2016
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/031-ausschreibungen/3286604/ausschreibungen.html>
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 23 - 20 20

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
16. Mai 2013

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen in Hamburg

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Region Mitte

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in der Region Mitte
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 61 Schulstandorte
(in 2013 Prüfung von ca. 32 Standorten)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 40.940,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Beginn: 17. Juli 2013
Abschluss: 31. Dezember 2016
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Region Altona

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in der Region Altona
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000

- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 65 Standorte
(in 2013 Prüfung von ca. 4 Standorten)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 41.940,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Region Eimsbüttel

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in der Region Eimsbüttel
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 59 Standorte
(in 2013 Prüfung von ca. 50 Standorten)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 28.690,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Region Bergedorf

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in der Region Bergedorf
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 42 Schulstandorte inkl. 5 Standorte in Harburg (in 2013 Prüfung von ca. 10 Standorten)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 28.690,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Region Wandsbek-Nord

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in der Wandsbek-Nord

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000

- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 53 Schulstandorte
(in 2013 Prüfung von ca. 26 Standorten)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 31.250,- Euro

- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 6**Bezeichnung:** Region Wandsbek-Süd

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in der Region Wandsbek-Süd
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 50 Schulstandorte
(in 2013 Prüfung von ca. 40 Standorten)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 30.250,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 7**Bezeichnung:** Region Nord

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in der Region Nord
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 64 Schulstandorte
(in 2013 Prüfung von ca. 15 Standorten)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 43.290,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 8**Bezeichnung:** Region Hamburg Süd (GMH)

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Baumkontrollen an den Standorten der staatlichen Schulen Hamburgs in Hamburgs Süden (GMH)
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 50 Schulstandorte (in 2013 **KEINE** Prüfung)
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 30.200,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder mehrere Lose. Es werden je nach Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Bieters maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Hamburg, den 16. Mai 2013

Die Finanzbehörde

460

**Öffentliche Ausschreibung
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung
– Beschaffungen – V 242-4
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

Öffentliche Ausschreibung: **ÖA 1705 2013****Entwicklung von E-Learning-Modulen zur Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen zum Projekt „Herakles“**

Einreichtermin: 13. Juni 2013, 10.30 Uhr

Ausschreibungsunterlagen können per E-Mail bei ausreibungen@bsb.hamburg.de oder montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr bei der oben genannten Anschrift in Raum 422 abgeholt bzw. unter Beifügung eines Freiumschlages Größe C4 abgefordert werden. Die Unterlagen werden dann entsprechend (E-Mail oder Post) zugesendet.

Schlusstermin für die Abforderung von oder Einsicht in Unterlagen ist der 12. Juni 2013, 14.00 Uhr.

Hamburg, den 17. Mai 2013

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

461

Gerichtliche Mitteilungen**Zwangsversteigerung**

71 I K 110/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Hermann-Behn-Weg 16 belegene, im Grundbuch von Rotherbaum Blatt 2568 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 87/1000 Miteigentumsanteilen an dem 508 m² großen Flurstück 1479, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Bodenraum Nummer 6, durch das Gericht versteigert werden.

2-Zimmer-Wohnung mit Küche, Flur, Bad, Balkon, Abstellraum (Wohnfläche etwa 58 m²) im II. Obergeschoss; zur Zeit der Begutachtung vermutlich vermietet; Innenbesichtigung wurde dem Gutachter nicht ermöglicht. Baujahr der Wohnanlage etwa 1976; Ölzentralheizung Baujahr etwa 2001.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 171 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 23. Juli 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten

kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. Dezember 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Verstei-

gerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. Mai 2013

Das Amtsgericht, Abt. 71

462

Zwangsversteigerung

71 s K 78/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Hartungstraße 8 belegene, im Grundbuch von Rotherbaum Blatt 4135 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 392/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 876 m² großen Flurstück 1142, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nummer 23, durch das Gericht versteigert werden.

Die etwa 75 m² große 2-Zimmer-Wohnung befindet sich im Souterrain auf der Nordostseite des Grundstücks und gehört zu einer Anlage mit 24 Wohnungen und 2 Garagenstellplätzen in einem vollunterkellerten, großbürgerlichen Mehrfamilienwohnhaus im Stil der Gründerzeit mit stilvoller Putzfassade mit neoklassizistischen Stilelementen. Das Haus wurde 1902 errichtet. Zur Wohnung gehört das Sondernut-

zungsrecht an einer etwa 65 m² großen Grundstücksteilfläche.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 170 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 24. Juli 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Oktober 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. Mai 2013

Das Amtsgericht, Abt. 71
463

Zwangsversteigerung

71 a K 93/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Randstraße, 38 a, b, c, d, e, f, g, 40 a, b, 42 a, b, c, d, e, f, g, 44 a, b, 46 a, b, c, d, e, f, g, 48 a, b, c, d belegene, im Grundbuch von Stellingen Blatt 8563 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 330/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 5406 m² großen Flurstück 4464, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Reihenhause Nummer 20 sowie dem Sondernutzungsrecht an Grundstücksteilflächen, durch das Gericht versteigert werden.

Das zweigeschossige Mittelreihenhaus mit Baujahr 2003, Randstraße

Nummer 38 e, hat eine Wohnfläche von etwa 136 m², die sich auf 6 Zimmer, Küche, 2 Bäder, Gäste-WC sowie eine Terrasse und eine Dachterrasse verteilt. Guter Zustand. Beheizung und Warmwasser über Gaszentralheizung. Im Zeitpunkt der Begutachtung wurde das Objekt durch die Eigentümer genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 254 000,- Euro, je 1/2 Anteil 127 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 25. Juli 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 29. September 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. Mai 2013

Das Amtsgericht, Abt. 71
464

Zwangsversteigerung

616 K 35/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21079 Hamburg, Jägerstraße 15 belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 15 887 eingetragene 874 m² große Grundstück (Flurstück 1029), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem Mehrfamilienhaus mit sieben Wohnein-

heiten (Wohnflächen der Wohneinheiten von 46 m² bis 86 m²; Gesamtwohnfläche etwa 390 m²) verteilt auf drei Wohngeschosse; Baujahr 1938; voll unterkellert. Kellergarage mit einem Stellplatz; weitere Garagenanlage mit fünf Stellplätzen (Baujahr 1959). Mäßiger Instandhaltungszustand. Wärme- und Warmwasserversorgung über Ölzentralheizung. Ausnahme: Warmwasserversorgung im Dachgeschoss über Elektro-Durchlauferhitzer. Sämtliche Einheiten waren im Bewertungszeitpunkt vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 345 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 9. Juli 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 1. August 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. Mai 2013

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
Abteilung 616
465

Aufgebot

406 II 3/13. Die **BAG Bankaktiengesellschaft**, Gabelsbergerstraße 1a, 59069 Hamm, vertreten durch den Vorstand Udo Wittler, Monika Lösing und

Andreas Zeiselmaier, hat beantragt, den Deutschen Gesamtgrundschuldbrief Gruppe 2 Nummer 13760061 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Lohbrügge Blatt 5936 und Lohbrügge Blatt 6206 jeweils in Abteilung III unter der Nummer 5 – fünf – für die RAG Bankaktiengesellschaft, Gabelsbergerstraße 1a, 59069 Hamm, eingetragene Gesamtgrundschuld über umgestellte 136 770,58 Euro (Einhundertsechszwanzigtausendsiebenhundertsechzig 58/100 Euro) nebst 15 % Zinsen jährlich sowie einer einmaligen Nebenleistung von 5 % des Grundschuldbetrages, für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des Grundschuldbriefes wird gemäß § 469 FamFG aufgefordert, seine Rechte beim Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, Zimmer 210/211 spätestens bis zum **3. Juli 2013** (Anmeldezeitpunkt) anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, widrigenfalls dieser für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 30. April 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 406 466

Aufgebot

406 II 4/13. Frau **Iloa Krecklow**, geborene Curvers, geboren am 23. Juli 1966, Reeseberg 164, 21079 Hamburg und Herr **Ernst-Jörn Curvers**, geboren am 31. Dezember 1967, Fockenweide 37, 21033 Hamburg, haben beantragt, den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Lohbrügge Blatt 4134 in Abteilung III unter Nummer 2a für die Dresdner Bank Aktiengesellschaft eingetragene Grundschuld über 30 000,- DM (dreißigtausend Deutsche Mark), für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des Grundschuldbriefes wird gemäß § 469 FamFG aufgefordert, seine Rechte beim Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, Zimmer 210/211 spätestens bis zum **18. September 2013** (Anmeldezeitpunkt) anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, andernfalls wird dieser für kraftlos erklärt werden.

Hamburg, den 14. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 406 467

Aufgebot

406 II 6/13. Herr Dr. **Heinz Thomas**, Schulredder 2 B, 21033 Hamburg, vertreten durch den Notar Hans-Jürgen Grünhage, Reetwerder 23A, 21029 Hamburg, hat beantragt, den Deutschen Grundschuldbrief Gruppe 4 Nummer 042504 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Boberg Blatt 907 in Abteilung III unter der Nummer 2 – zwei – für die Hamburger Sparkasse, Hamburg, eingetragene Grundschuld über restliche 96 500,- DM (Sechszwanzigtausendfünfhundert Deutsche Mark) nebst 10 % Zinsen jährlich, für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des Grundschuldbriefes wird gemäß § 469 FamFG aufgefordert, seine Rechte beim Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, Zimmer 210/211 spätestens bis zum **1. August 2013** (Anmeldezeitpunkt) anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, widrigenfalls dieser für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 15. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 406 468

Sonstige Mitteilungen

Gläubigeraufruf

Der Verein **Klangbild e.V.** ist durch Mitgliederversammlung vom 16. Juni 2010 aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei den Liquidatoren des Vereins zu melden.

Hamburg, den 4. April 2013

Die Liquidatoren 469

Gläubigeraufruf

Der Verein **Operetten Compagnie Hamburg e.V.**, Akeleiweg 28, 22607 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Verein zu melden.

Hamburg, den 8. April 2013

Die Liquidatorin 470

Gläubigeraufruf

Der Verein **SCC Kraftwerk e.V.**, mit Sitz in Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Verein zu melden.

Hamburg, den 22. April 2013

Die Liquidatoren 471

Gläubigeraufruf

Die Firma **Output Werbung & Marketing GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRA 43347), Hummelsbütteler Landstraße 121, 22339 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Liquidator zu melden.

Hamburg, den 24. April 2013

Der Liquidator
Bodo Krüger 472